

## Offene Fragen der Geschichte Band 8

### Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,  
Volksaufstand im Juni 1953,  
Deutsches Wirtschaftswunder,  
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,  
Bau der Berliner Mauer,  
Internationale Kubakrise,  
Vietnamkrieg 1965-1975,  
68er Bewegung,  
Ratifizierung der Ostverträge,  
Unbewältigte Vergangenheit ...

### Band 8/013

### Chronik vom 2. Dezember 1959 bis zum 31. Dezember 1959

#### 02.12.1959

**BRD:** Ernst Lemmer (1898-1970, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen) schreibt am 2. Dezember 1959 über die Lösung der deutschen Frage (x125/107): >>Die primäre Aufgabe der deutschen Politik muß es sein, den Lebenszusammenhang des Volkes zu sichern und aus dem quälendem Status quo herauszukommen.

Deshalb geht es vorrangig nicht um die Regelung territorialer Fragen; es obliegt uns vielmehr zu sorgen, daß den 17 Millionen jenseits der Elbe-Werra-Linie mit der Wiedervereinigung ein Leben in Freiheit gewährt wird. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (49/1959) berichtet am 2. Dezember 1959 über die deutschen Vertriebenen und den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer: >>**Drittes Reich im Kleinen**

Abends gegen neun erhielt Bundesminister Oberländer den erwarteten Anruf aus Fulda: am besten sofort kommen. Der Minister versäumte keine Zeit mehr. Im schwarzen Mercedes 220 - ohne Ministerstander und mit Privatnummer - brach er zu einer eiligen Nachtfahrt von Bonn in die Bischofsstadt auf. Eine halbe Stunde nach Mitternacht traf er im Fuldaer Amtsgericht ein; Amtsgerichtsrat Gustav Jacksch, Staatsanwalt Fritz Hose und Mitglieder der CDU-Ortsgruppe die den Alarm in Bonn ausgelöst hatten - erwarteten den Minister.

Theodor Oberländer erwirkte bei dem aus seinem ersten Schlaf geweckten Amtsrichter eine einstweilige Beschlagnahmeverfügung gegen die Nummer 39 des Wochenblatts "Die Tat", deren 22.000 Exemplare am Nachmittag bei der "Fuldaer Verlagsanstalt" gedruckt worden waren. Um drei Uhr morgens - am 23. September 1959 - war die Kriminalpolizei im Besitz der richterlichen Verfügung.

Befriedigt begab sich Minister Oberländer (CDU) zu einer kurzen Ruhe ins Fuldaer Bundesbahn-Hotel. Der "Tat-Artikel" wurde nicht verbreitet, in dem über Theodor Oberländer geschrieben worden war:

"Das uns vorliegende Material enthält einen ungeheuren Schuldvorwurf: Ein amtierender Bundesminister steht unter dem Verdacht, an Massenmorden während des Krieges beteiligt gewesen zu sein".

Ausführliche Presse-Erörterungen über Oberländers Militärzeit waren allerdings durch die bei

Nacht und Nebel verfügte Beschlagnahme nicht mehr zu unterbinden. Schon Wochen vorher hatten die DDR-Zeitungen - von einer Moskauer Veröffentlichung angeregt - damit begonnen, ihre Leser unermüdlich über bestimmte Abschnitte des Oberländer-Lebenslaufs zu unterrichten (Motto: "Herunter mit ihm vom Ministersessel! Er gehört hinter Zuchthausmauern!"). Auch in der westdeutschen Presse waren bereits Meldungen über die Kriegserlebnisse des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte auf die erste Seite der Blätter vorgedrungen.

Der Vertriebenenminister hatte die Angriffe - schwerster Vorwurf: Beteiligung an Polen- und Judenerschießungen 1941 in Lemberg - zunächst mit der Sturheit eines masurischen Gutsherren beantwortet, eines Menschenschlages, dem Oberländer äußerlich gleicht: er hatte sich tot gestellt. Vom 2. bis zum 25. September mußte der Bonner Oberstaatsanwalt, der nach einer Anzeige der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) den Minister um eine schriftliche Stellungnahme gebeten hatte, auf die Antwort Oberländers warten.

Erst eine Woche nach der nächtlichen Fulda-Reise stellte sich Oberländer auf einer Pressekonferenz in Bonn auch öffentlichen Fragen. Das teilweise hitzige Wechselgespräch zwischen dem Minister und provokanten Korrespondenten Ostberliner Blätter erbrachte allerdings nicht die eindeutige, historisch-exakte Aufklärung der Lemberger Morde. Soviel blieb unklar, daß selbst der "Rheinische Merkur" inzwischen die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorwürfe verlangte. Eine internationale Gruppe ehemaliger Widerstandskämpfer hat sich jetzt zusammengefunden, um den Fall Oberländer zu durchleuchten.

Wichtiger als die historische Aufklärung war für Oberländer jedoch, daß der Verlauf der Pressekonferenz - vornehmlich dank den einstudiert klingenden Fragen der ost-orientierten Journalisten - den Eindruck verstärkte, der Minister sei bloß das vorläufig letzte Ziel der allgemeinen kommunistischen Propagandakampagne gegen westdeutsche Vertriebenenpolitiker:

Als Opfer des Ostens blieben bisher nämlich noch alle bundesdeutschen Politiker, deren Vergangenheit sonst vielleicht doch - daheim und vor allem im befreundeten Ausland - ärgerlichen Anstoß erregen würde, satisfaktionsfähige Kombattanten in der demokratischen Abwehrfront gegen den Bolschewismus.

Kein Mitglied des Bonner Kabinetts aber bedarf der frischen Narben aus dem Kampf für die Demokratie so sehr wie der ehemalige SA-Sturmhauptführer und heutige Vertriebenenminister Oberländer - und er kann diese Narben gerade jetzt besonders gut brauchen: die bundesrepublikanische Vertriebenenpolitik bewegt sich in diesen Monaten auf eine Wendemarke zu, an der Kanzler Adenauer sich genötigt sehen könnte, den Sessel des Vertriebenenministers neu zu besetzen.

Der Wandel in der politischen Zielsetzung, den die westdeutschen Führer der organisierten Heimatvertriebenen gerade vollziehen, wurde im Laufe des vergangenen Sommers deutlich, als sich Konrad Adenauer im zehnten Jahr seiner Kanzlerschaft von einem Abgeordneten seiner eigenen Fraktion sagen lassen mußte, daß viele Millionen Bundesbürger - die meisten von ihnen brave CDU-Wähler - potentielle Staatsfeinde seien, die über Nacht zu anti-bundesrepublikanischen Untergrundkämpfern werden könnten.

Unter dem Datum vom 20. Juli hatte der CSU-Bundestagsabgeordnete Georg von Manteuffel-Szoegé (baltischer Adel) dem Kanzler brieflich mitgeteilt, daß die jüngsten Pläne des Auswärtigen Amtes, Nichtangriffspakte mit Polen und der Tschechoslowakei abzuschließen, einer Verzichtserklärung auf die deutschen Ostgebiete gleichkommen würden. Das aber würde jene Deutschen, die mit einer "Verzichtspolitik" nicht einverstanden seien, notgedrungen "in die Illoyalität treiben".

Der Kanzler antwortete damals prompt, daß er die Bedenken des Abgeordneten gegen Paktabschlüsse mit Warschau und Prag teile. Im Kabinett wurde wenig später der Pakt-Vorschlag

Außenminister von Brentanos niedergestimmt: Die Lobby der Heimatvertriebenen hatte den zaghaften Versuch der AA-Planer, in den ostpolitischen Stellungskrieg der Bundesregierung Bewegung zu bringen, mit dem drohenden Hinweis auf den Marsch von Millionen Wählern in die Illoyalität torpediert.

Die unberechenbarste Größe der westdeutschen Innenpolitik - die Gruppe der Vertriebenen - war stärker gewesen als der Wunsch des amerikanischen Außenministers Herter nach einer offiziellen Bonner Freundschaftsgeste gegenüber Osteuropa. Was Heinrich von Brentano seinem US-Kollegen Christian Herter im Sommer in Genf versprochen hatte - "Gewaltverzichtspakte" mit Polen und der Tschechoslowakei -, zerfetzten die Sprecher der Heimatvertriebenen in wenigen Sonntagsreden - ein Erfolg, der bei anderen Interessentengruppen schwer vorstellbar ist, sofern deren Forderungen mit amerikanischen Wünschen kollidieren.

Bundeskanzler Adenauer, der sonst allergisch auf Kritik an seiner Personalpolitik reagiert, rührte sich nicht, als ein anderer Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion, Hans Krüger (Geburtsort: Neustettin in Pommern), nach der erfolgreichen Blockierung der Pakt-Pläne auch gleich noch ein Revirement auf wichtigen Spitzenposten im Auswärtigen Amt verlangte: "Eine Umbesetzung der Ostabteilung in der Leitung erscheint uns insbesondere nach dem unglücklichen Versuch, einen Nichtangriffspakt mit Polen und Tschechen zu empfehlen, dringend angebracht zu sein."

In wenigen Wochen kreierte die Vertriebenenpolitiker in diesem Sommer, durch Brentanos Ostpläne alarmiert, ein neues politisches Schimpfwort, das mit ebensoviel Sinn für Negativwerbung ausgedacht worden ist, wie dreißig Jahre vorher das Wort vom Erfüllungspolitiker, mit dem in der Weimarer Republik vertragstreue Politiker beschimpft wurden, die sich an die deutsche Unterschrift unter den Versailler Friedensvertrag gebunden fühlten:

Der von den Vertriebenen erfundene Buhmann des Jahres 1959 ist der "Verzichtpolitiker" - eine Abwertung, die inzwischen jeden Politiker bedroht, der in den Verdacht gerät, über die Zukunft der verlorenen Ostgebiete andere Auffassungen zu hegen als die Sprecher der Heimatvertriebenen.

Den Vorwurf, ebenfalls zu den Verzichtpolitikern zu gehören, scheut der Dauer-Wahlkämpfer Adenauer um so mehr, als die Vertriebenen in der sonst so säuberlich in CDU-treue und SPD-brave Wähler geteilten Bevölkerung ein schwer durchschaubares Element sind, dessen politischer Weg schon heute mit den CDU-Gebotsschildern: "Keine Experimente" nicht mehr ganz abgesteckt werden kann:

Die neun Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik sollen nach dem erklärten Willen der Führer ihrer Organisationen in dem Maße, in dem sie als Heimatlose wirtschaftlich in Westdeutschland eingegliedert worden sind, von einer sozialpolitischen zu einer außenpolitischen Pressure Group werden. Ziel: Die Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete.

Sagt Baron Manteuffel, Vorsitzender der deutsch-baltischen Landsmannschaft: "Die Polen glauben ohnehin nicht, daß wir ihnen unsere Ostgebiete lassen."

Minister Oberländer ist nach Gesinnung und Vergangenheit durchaus prädestiniert, gemeinsam mit den Vertriebenenführern den Wandel vom Sozialpolitiker - dem Flüchtlingspolitiker von gestern - zum Außenpolitiker zu vollziehen. Oberländer ist Wahl-Ostdeutscher: 1905 als Sohn eines Regierungsrats in Meiningen geboren, suchte er nach dem Studium der Agrarwissenschaften und der Nationalökonomie sein Brot stets in Osteuropa - mit speziellem Interesse an der gängigen deutschen Ostpolitik: an Ostkolonisation.

Er hat in den vergangenen Jahren mit Zähigkeit als zuständiger Ressortminister die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge in die Bundesrepublik betrieben - und weiß heute, daß die Verschmelzung der Ostdeutschen mit Westdeutschland nicht zu weit gehen darf, weil sonst die Vertriebenenpolitik zu Ende wäre. Sagt der weitschauende Minister: "Nicht alle Vertriebenen dürfen sich assimilieren. Wir müssen Heimatvertriebene behalten, um eines Tages ein

Abstimmungsreservoir zu haben, wenn das Selbstbestimmungsrecht zum Zuge kommt."

Als er 1953 Vertriebenenminister geworden war, hatte er seine Aufgabe zunächst ausschließlich sozialpolitisch definiert. Für völkerrechtliche und außenpolitische Vokabeln, mit denen die Flüchtlingsfunktionäre heute den Heimattreffen ihrer Landsleute die politische Note verleihen, waren die Millionen Vertriebenen noch taub.

Kanzler Adenauer sah, ebenso wie sein zuständiger Fachminister, die Lösung der Vertriebenenfrage als innenpolitisches, wirtschaftliches Problem. Sagte Oberländer damals: "Wir sind in einem Wettlauf mit der Zeit. Nach 1946 waren 48 Prozent des deutschen Volkes ohne wirtschaftlichen Rückhalt. Schlimmer als alle furchtbaren Verluste ... ist die Verschlechterung der deutschen Sozialstruktur. Baustein oder Dynamit, das ist die Frage, die über der Vertriebenen-Eingliederung steht."

Sozialpolitisches Dynamit wäre genug dagewesen, um einen weniger von der Korea-Konjunktur profitierenden Staat in die Luft zu sprengen: Bis 1950, als die Hauptwelle der Austreibung verebbte, waren aus den größten Vertreibungsgebieten nach Westen gespült worden:

- 2,1 Millionen aus Schlesien,
- 1,9 Millionen aus der Tschechoslowakei,
- 1,3 Millionen aus Ostpreußen,
- 891.000 aus Ostpommern,
- 410.000 aus Polen,
- 225.000 aus Danzig,
- 178.000 aus Ungarn,
- 158.000 aus der Sowjet-Union, den baltischen Staaten und dem Memelland,
- 149.000 aus Rumänien,
- 148.000 aus Jugoslawien und
- 131.000 aus Ostbrandenburg.

Durch Nachzügler ist die Zahl der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik (ohne die 3,3 Millionen DDR-Flüchtlinge) inzwischen auf 9,3 Millionen gestiegen. Beinahe jeder fünfte Bundesbürger ist Vertriebener.

Die deutschen Opfer der von Hitlers Krieg ausgelösten europäischen Völkerwanderung mußten sich seinerzeit, kaum in Westdeutschland angelangt, wieder auf die Reise begeben: Die nicht zentral gelenkte Aufnahme der Vertriebenen unmittelbar nach dem Kriege und die Weigerung der - nicht am Potsdamer Abkommen beteiligten - Franzosen, überhaupt Flüchtlinge in ihre Besatzungszone aufzunehmen, hatte zu einer Überfüllung Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und Bayerns geführt - Agrar-Länder, in denen die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen besonders schwierig, die Einweisung in Notwohnungen aber wenigstens doch möglich war.

Bei der Bevölkerungszählung im Jahre 1950 ließ sich die ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer zum erstenmal statistisch nachweisen: Von der Gesamtbevölkerung waren

- in Schleswig-Holstein 33 Prozent Vertriebene,
- in Niedersachsen 27,2 Prozent und
- in Bayern 21,1 Prozent.

Gemessen an diesen Zahlen, mußten als noch aufnahmefähig angesehen werden die Länder

- Hessen mit 16,7 Prozent Vertriebenen,
- Baden-Württemberg mit 13,4 Prozent,
- Nordrhein-Westfalen mit 10,1 Prozent,
- Bremen mit 8,6 Prozent,
- Hamburg mit 7,2 Prozent und
- Rheinland-Pfalz mit 5,1 Prozent.

Erst nach Etablierung der Bundesrepublik konnte die notwendige Umsiedlung der Vertriebenen in Länder mit größeren Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung beginnen. Der erste Bonner Vertriebenenminister Lukaschek und sein Nachfolger Oberländer bemühten sich, einen ersten Umsiedlungsplan zu verwirklichen, nach dem rund 1,1 Millionen Vertriebene wieder auf die Wanderschaft geschickt werden sollten.

In den Elendslagern und Notwohnungen der drei Flüchtlingsländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern setzte man alle Hoffnungen auf den Umzug in die westdeutschen Industriestädte; aus den Aufnahmeländern reisten Kommissionen an, die nach Möglichkeit nur arbeitsfähige, kräftige junge Leute auf die Transportlisten setzen und die Alten ausmustern wollten. Radikale Eintagsfliegen unter den Flüchtlingsführern drohten mit einem Elendstreck nach Bonn, um die Umsiedlung zu beschleunigen, deren schleppender Gang an die erst langsam anlaufende Wohnungswirtschaft gebunden war.

Oberländer schaffte es in einem Dauerringkampf mit den Ländern, den drängelnden Flüchtlingsvertretern und dem Wohnungsbauministerium, bis Ende 1955 87,7 Prozent der bis zu diesem Zeitpunkt vorgesehenen Umsiedlungsquote zu erfüllen. Aus Schleswig-Holstein waren über 364.000, aus Niedersachsen 237.000 und aus Bayern 199.000 Personen umgesiedelt worden. Die meisten Umsiedler wurden nach Nordrhein-Westfalen geschickt: 372.156. Andere große Transporte hatten Baden-Württemberg (237.901) und Rheinland-Pfalz (118.181) aufgenommen.

Heute, vierzehn Jahre nach der Vertreibung aus Ostpreußen und Pommern, dem Warthegau und dem Sudetengebiet, Ober- und Niederschlesien sind die Flüchtlinge, die seinerzeit kaum Handgepäck mitführen konnten, wirtschaftlich eingegliedert - eine Tatsache, an der auch die nach wie vor zahlreichen, speziellen Härtefälle nichts ändern. An die Stelle der Vertriebenen als geschlossene Notstandsgruppe sind mehr und mehr die Sowjetzonenflüchtlinge getreten.

Der Anteil der Heimatvertriebenen an der westdeutschen Gesamtbevölkerung beträgt über 18,3 Prozent: Der Vertriebenenanteil an den bundesrepublikanischen Arbeitslosen machte bei einer diesjährigen Sommer-Zählung 18,1 Prozent aus.

Sagt selbst der Präsident des Bundes der Vertriebenen, CDU-Abgeordneter Krüger:

"Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Bundesregierung die wirtschaftliche und soziale Eingliederung gut vorangetrieben hat."

Von 1949 bis 1957 wurden an die Vertriebenen aus dem Lastenausgleichsfonds 27,7 Milliarden Mark gezahlt; davon allerdings nur 11,8 Milliarden für die produktive Eingliederung (Existenzgründung, Wohnungsbeschaffung), der Rest für Altersversorgung (6,7 Milliarden) und Entschädigung. In den nächsten zwanzig Jahren werden weitere 57,2 Milliarden Mark aus dem Fonds erwartet.

Die Skala der beruflichen Eingliederung ist allerdings weit auseinandergezogen. Ganz unten rangieren die ehemals selbständigen Ost-Landwirte: nur 7,8 Prozent der Flüchtlingsbauern bewirtschaften in Westdeutschland einen eigenen Hof. Ermittelte das Statistische Bundesamt: "Während im Zeitpunkt der Vertreibung 29 Prozent der erwerbstätigen Vertriebenen auf land- und forstwirtschaftliche Berufe entfielen, sind es (jetzt) nur noch 6,8 Prozent.

Auf der anderen Seite hat sich die Bedeutung der industriell-handwerklichen Berufe erheblich vergrößert. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen ist von 28,3 auf 50,3 Prozent gestiegen."

Im dichtbesiedelten Westdeutschland, wo keine nennenswert großen Ödgebiete auf den Pflug von Neusiedlern warten, ist die berufliche Eingliederung zwangsläufig fast nur über industrielle, handwerkliche oder freiberufliche Arbeitsplätze möglich: Selbständige Landwirte konnten die Vertriebenen in den meisten Fällen nur durch Einheirat in westdeutsche Höfe wieder werden. Eine entsprechende Landkreis-Untersuchung ergab 1956, daß nur sieben Prozent der von Flüchtlingen bewirtschafteten Höfe durch Neusiedlung aufgebaut worden waren; Einheirat: 67 Prozent (der Rest durch Kauf oder Pacht).

Ermittelten die Statistiker: Bei den Männern haben die Angehörigen akademischer und freiberuflich ausgeübter Berufe die besten Eingliederungsmöglichkeiten gehabt. Der Anteil der im Beruf Gebliebenen beträgt bei den Ärzten und bei den Zahnärzten zum Beispiel 93,9 beziehungsweise 93,4 Prozent, bei den Seelsorgern 85,2 und bei den Lehrberufen 78,9 Prozent."

Die soziale Eingliederung hat allerdings mit der beruflichen nicht Schritt gehalten:

Zwar entspricht der Anteil der Vertriebenen an der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet heute etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, doch haben viele Vertriebene in ihrem neuen oder auch ihrem alten Beruf die frühere - gesellschaftliche wie wirtschaftliche - Stellung nicht wieder erreichen können: Nur 26,4 Prozent der in Ostdeutschland wirtschaftlich Selbständigen sind auch heute wieder ihr eigener Chef. 48,9 Prozent von ihnen sind nur als unselbständige Arbeiter untergekommen. Im Jahre 1957 verdienten 24 Prozent der Einheimischen über 500 Mark im Monat; bei den Vertriebenen gehörten in diese Einkommensgruppe nur 13 Prozent.

Ende 1958 besaßen in der Bundesrepublik ein

- eigenes Haus 36 Prozent der Einheimischen und 19 Prozent der Vertriebenen,
- Grund und Boden 25 Prozent der Einheimischen und elf Prozent der Vertriebenen, einen
- Kühlschrank 27 und 18 Prozent, ein
- Auto 18 und 12 Prozent, einen
- Fernsehapparat 16 und 14 Prozent.

Die bitteren Habenichts-Gefühle der Vertriebenen aus den ersten Jahren in Westdeutschland sind jedoch trotz dieser Unterschiede vergangen. Die brennendsten sozialen Sorgen des Bonner Vertriebenenministeriums sind denn auch, gemessen an der Situation noch vor wenigen Jahren, vergleichsweise bescheiden: 350.000 Menschen (davon 200.000 Heimatvertriebene) aus den Lagern in Wohnungen überführen und 650.000 Notwohnungen durch bessere ersetzen.

Gesteht Frank Seiboth, Vorsitzender der Flüchtlingspartei Gesamtdeutscher Block/BHE, heute schon gelegentlich: "Der Rückkehrwille hat nur noch sentimentale Gründe."

Sentimentale Gründe - und nicht demonstrativer Protest gegen Heimatverlust und soziales Elend - sind es auch, die einmal im Jahr die hunderttausende Mitglieder der einzelnen Landsmannschaften zu riesigen Wiedersehensfeiern vereinen. Charakterisierte "DIE ZEIT" das letzte Schlesier-Treffen, zu dem sich im Sommer 300.000 Menschen in Köln einfanden:

"Es sind die Händler da mit ihren Ständen und Anpreisungen: 'Quartettspiel Unvergessene Heimat zur Erinnerung an die unvergessene Heimat. Sehr lehrreich ...' Ein Stück weiter: 'Original echter Kirchwin aus Schlesien.' Oder: 'Original schlesische Wurstwaren nach Heimatrezept ... wie früher.' Es hängen überall Schilder: Früher Waldenburg, früher Glogau ... Den Besuchern macht es Spaß, mal wieder beim alten Metzger zu kaufen. Versäumte Stunden alter Nachbarschaft müssen nachgeholt werden ..."

Die Wesensunterschiede zwischen dem west- und dem ostdeutschen Menschenschlag, das durch den Fluchtstrom herbeigeführte, in vielen Gebieten ungewohnte Zusammentreffen von Menschen verschiedener Konfession, die Verärgerung einheimischer Geschäftsleute über neue - mit "Krediten von unserem Geld" entstandene Konkurrenz sind bisher Schranken auf dem Weg zu einer völligen Integration der Ostdeutschen in Westdeutschland gewesen. Noch immer kursieren die abschätzigen Witze über Flüchtlinge, etwa dieser:

"Strauß organisiert die Bundeswehr um. Die Nazis kommen zur Marine, weil sie nicht untergehen. Die Einheimischen zur Luftwaffe, damit sie auch einmal hochkommen, und die Flüchtlinge zum Stoßtrupp, denn die kennen kein Zurück."

Daß die Sentiments (Gefühle) stärker sein mögen als die materiellen Reize der im ganzen doch erfolgreichen Berufs-Eingliederung in die westdeutsche Industriegesellschaft, ist die Hoffnung der Vertriebenenführer: Die völlige, rückstandlose Assimilation ihrer Gefolgschaft würde das Ende der Vertriebenenorganisationen, ihres Funktionärsapparats - und der lautstar-

ken Forderung auf Rückgabe der deutschen Ostgebiete bedeuten.

Auf den Vertriebenenkundgebungen wird denn auch nicht mehr so sehr an die - von den wirtschaftlichen Tatsachen zerstörte - Solidarität der Depossidierten appelliert, als an das Erlebnis der Vertreibung und der "alten Heimat". Formuliert der SPD-Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch, altgedienter Sozialdemokrat aus dem Sudetengebiet, die neue Zusammenhalte-Parole: "Wir Vertriebenen sind eine Erlebnisgemeinschaft, nicht nur eine Interessentengruppe."

Der Rückgriff auf die leidvolle Vergangenheit der Jahre 1945 und 1946 verspricht immerhin ein lebhaftes Echo: Etwa die Hälfte der Vertriebenen verlor ihre Heimat in den letzten Kriegsmonaten, als der Aufbruch von Haus und Hof nicht einmal durch die spärlichen Vergünstigungen der späteren offiziellen Ausweisung gemildert wurde, sondern oft nur ein Wettlauf um das nackte Leben war - die schauerliche Quittung für den sechsjährigen deutschen NS-Terror über Europa von 1939 bis 1945.

Über den Umfang der ungeordneten Fluchtbewegung stellte eine vom Vertriebenenministerium bestellte Professoren-Kommission fest:

"Innerhalb des Gesamtprozesses der Vertreibung von über zehn Millionen Ostdeutschen nach Mittel- und Westdeutschland, der in den letzten Kriegsmonaten begann, später in den Potsdamer Beschlüssen von den Siegermächten zum Programm erhoben und durch die Ausweisungsaktionen der folgenden Jahre beendet wurde, stellt die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung vor der Roten Armee den ersten Abschnitt dar. Etwa die Hälfte aller Deutschen aus Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg, Schlesien und aus Polen, die heute in Mittel- und Westdeutschland als Vertriebene leben, kam während dieses ersten Zeitabschnittes ... über die spätere Oder-Neiße-Linie nach Westen ..."

Als im Jahre 1950 in der Bundesrepublik die erste Nachkriegs-Volkszählung abgehalten wurde, konnte auch eine erste Austreibungsbilanz gezogen werden:

"In den von der Vertreibung betroffenen Gebieten Ostdeutschlands, Ost- und Südosteuropas hatten zu Beginn des Zweiten Weltkrieges etwa 16,9 Millionen Deutsche ihren Wohnsitz. Von ihnen lebten 1950 noch annähernd 2,5 Millionen in der Heimat, in Deutschland (West- und Mitteldeutschland) hatten bis Ende 1950 etwa 11,2 Millionen eine Zuflucht gefunden. In Österreich hatten 350.000 Ostvertriebene eine Heimat gefunden, 100.000 werden als bis Ende 1950 ausgewandert angesehen. Damit sind 14,1 Millionen Ostvertriebene weitgehend einwandfrei als lebend nachgewiesen."

Der Schlußstrich: "Das Schicksal von 2,8 Millionen ist ungeklärt. Von dieser Zahl müssen 500.000 als Wehrmachtvermißte abgezogen werden. (Es) ergeben sich mithin 2,3 Millionen Personen, die nach der Besetzung den Vergeltungsmaßnahmen zum Opfer gefallen sind, nach Rußland verschleppt wurden oder den Unmenschlichkeiten der Austreibung erlegen sind. Von den 2,3 Millionen vermißten Zivilpersonen waren etwa 1,4 Millionen in den deutschen Ostgebieten unter sowjetisch-polnischer Verwaltung, 300.000 in der Tschechoslowakei und 600.000 in Ost- und Südosteuropa beheimatet ... Man (muß) zu dem Schluß kommen, der größte Teil der 2,3 Millionen fehlenden Heimatvertriebenen habe den Tod gefunden."

Die prominenten Vertriebenen sind entschlossen; das Buch über diesen beispiellosen letzten Akt eines - von Deutschland begonnenen - beispiellosen Krieges nicht zuschlagen zu lassen. Mit der Aufnahme normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten - und damit der buchmäßigen Liquidierung des letzten Krieges im Osten - soll nach ihrem festen Willen gewartet werden, bis die Frage der verlorenen Ostgebiete in ihrem Sinne gelöst ist.

Zur Selbstbestätigung und als Indiz, nicht Offiziere ohne Mannschaften zu sein, zirkuliert seit einigen Monaten in den Büros der Vertriebenenfunktionäre das Ergebnis einer demoskopischen Umfrage des Emnid-Instituts: Danach erklärten in diesem Frühjahr 63 Prozent der älteren Vertriebenen und 67 Prozent der jüngeren, sie würden in die alte Heimat zurückkehren,

wenn sie könnten.

Der sogenannte Göttinger Arbeitskreis, ein Zusammenschluß ostdeutscher Wissenschaftler, hat die Frage nach der Rückkehrwilligkeit detailliert aufgeschlüsselt: Zurückgehen wollen danach von jeweils 100 befragten Ostdeutschen

- 71 aus der Altersgruppe von 16 bis zu 30 Jahren (10 wollen nicht, Rest unentschlossen),
- 63 aus der Altersgruppe von 30 bis unter 50 Jahren (12 wollen nicht),
- 65 im Alter zwischen 50 und 65 Jahren (18 wollen nicht) und
- 62 im Alter über 65 Jahre (24 sind wandermüde).

Auf die Frage: "Würden Sie im Falle einer friedlichen Neuordnung des Ostens auch dann nach Schlesien zurückkehren, wenn Sie auf längere Zeit mit Opfern, Not und Armut rechnen müßten?" antworteten 66 von 100 schlesischen Männern mit Ja, bei den Jugendlichen machten die Ja-Sager sogar über 70 Prozent aus.

Hoffnungsfroh schlußfolgert der Göttinger Arbeitskreis: "Gewiß: Es handelt sich zunächst um einen Stimmungstest; die Antwort ist unverbindlich, verpflichtet zu nichts ... Die Handlungsbereitschaft, die der Meinung im Ernstfalle folgen würde, könnte anders aussehen. Ernstzunehmen ist dagegen das Gefälle zwischen den einzelnen Gruppen der Antwortenden; daß es gerade die Jugend ist, die wieder nach Schlesien will, während die Alten, die Traditionsvermittler, die Hüter des heiligen Feuers' der Heimatidee, zu resignieren beginnen, ist ein ebenso unerwartetes wie nachdenklich stimmendes Ergebnis ... Das sollte nicht nur für die deutsche Ostpolitik, sondern für die Weltöffentlichkeit ein Menetekel sein."

Die gefährliche Irrealität solcher Suggestiv-Fragen ficht die Vertriebenen-Führer nicht an. Sie sind es - angesichts der geringen realen Aussichten auf eine Rückkehr - gewohnt, Außenpolitik im luftleeren Raum zu betreiben. Innenpolitisch heißt ihr neues Ziel, gestützt auf die Reminiszenzen (und notfalls Ressentiments) der Vertriebenen auch die einheimischen Westdeutschen für die Revision der Vertreibung zu erwärmen:

"Die Rückkehr ist eine politische Aufgabe für das ganze deutsche Volk" (Wenzel Jaksch, SPD). -

"Die Ostgebiete sind von entscheidender Bedeutung für alle Deutschen" (Präsident Krüger vom Bund der Vertriebenen, CDU). -

"Ich spreche nicht als vertriebener baltischer Baron, sondern als Deutscher. Wir müssen aus dem Vertriebenen-Getto hinaus und das ganze deutsche Volk in eine gesunde patriotische Richtung drängen" (Baron Manteuffel-Szoeg, CSU).

Solche Töne sind dem Bonner Vertriebenenminister nicht fremd. Ganz, im Sinne der Flüchtlingsfunktionäre hat Oberländer, in aller Bescheidenheit, eine sehr genaue Vorstellung über die Erwecker-Rolle, die nach seiner Meinung, die Ostdeutschen im Westen zu spielen haben: "Europa braucht eine kulturelle Strophantinspritze, damit es zu sich selber kommt und geistig wieder aktiv wird. Man braucht uns nicht? Man braucht uns dringend. Wir sind der Aufruf, wir sind das Gewissen."

Und über die etwaige Eingliederung vertriebener Landwirte sagt Ost-Agrarwissenschaftler Oberländer: "Keine Verwestlichung im negativen Sinne durch weiteres Einschmelzen landloser Ostbauern" - denn gerade sie sind in seinen Augen die Traditionshüter der ostdeutschen Kultur, ohne die das ganze deutsche Volk "geistig, sittlich und moralisch verarmen muß".

Daß Oberländer trotz so schöner Anlagen nicht ganz sicher sein kann, auch künftig - also auch nach der nächsten Bundestagswahl 1961 - der beamtete Bonner Vertriebenenchef zu sein, liegt an seiner Vergangenheit, teils an der vor 1945 und teils an der danach. Theodor Oberländer ist wegen seiner Ostpolitiker-Karriere, unter dem nationalsozialistischen Regime

- unerwünscht bei den Bonner Kräften - auch in der CDU-Fraktion -, die ihre außenpolitischen Pläne nicht länger von den Ostland-Sonntagsparolen der Vertriebenenfunktionäre durchkreuzt sehen wollen.



Wegen seines politischen Weges nach 1945 aber ist Oberländer

- unerwünscht mindestens bei Teilen des Vertriebenenführerkorps, die ostpolitisch durchaus mit ihm einig sind; ihm aber verargen; daß er - immer mit den stärksten Bataillonen fechtend - als arrivierter Bundesminister vom BHE zur CDU überwechselte.

Des Ministers Halt in dieser schwierigen Lage ist wie eh und je der Kanzler. - Der alte Herr trennt sich nicht mehr gern von den vertrauten Gesichtern am Kabinetttisch. Außerdem ist Theodor Oberländer für seinen Chef ein bequemer, widerspruchsloser Minister, und schließlich hält ihn Konrad Adenauer auch für einen profunden Ostkenner - Oberländer hat in den dreißiger Jahren als junger Agrarwissenschaftler auf Saatzucht-Kolchosen in der Sowjet-Union gearbeitet. Zum ostpolitischen Argumente-Repertoire des Kanzlers gehören im kleinen Kreis denn auch häufig Sätze, - die anfangen: "Der Herr Oberländer hat mir jesacht ..."

Für jede anders als bisher geartete Ostpolitik der Bundesregierung aber bleibt Oberländer eine Belastung: Sein Name ist für die osteuropäischen Völker innig mit dem nationalsozialistischen Ritt gen Osten verbunden. Als Strauß und Schröder nur schlichte Marschierer waren, ist Oberländer ein NS-staatlich anerkannter Wortführer des deutschen Dranges nach dem Osten gewesen:

Mit Oberländer und seinem damaligen BHE-Genossen Waldemar Kraft gelangten Anfang der fünfziger Jahre zum erstenmal Nationalsozialisten, die nicht nur mitgelaufen waren, in die westdeutsche Politik. Kraft hatte einen Ehrenrang bei der Schwarzen SS gehabt. Als nach dem spektakulären BHE-Landtagswahlerfolg 1950 in Schleswig-Holstein der Flüchtlingspartei zwei Ministerposten eingeräumt wurden, erkletterte neben Waldemar Kraft der ehemalige Rechtsberater der Deutschen Arbeitsfront, Hans-Adolf Asbach, einen Kabinettsessel.

Oberländer war 1933 in die NSDAP eingetreten. Er brachte es bis zum SA-Sturmhauptführer, Gauamtsleiter und Reichsführer des Bundes Deutscher Osten, einer Organisation, die in erster Linie das Eindringen fremden (polnischen) Volkstums, etwa durch Saison-Arbeiter, in die ostdeutschen Grenzgebiete abwehren sollte. In sein Bonner Ministerium holte sich der Volkstumskämpfer Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP als Mitarbeiter. Schon vor der Bundestagswahl 1953 erhoffte sich Oberländer Stimmengewinne für seine damalige Partei, den BHE, durch die Kandidatur des SS-Generals Felix Steiner, ein Plan, von dem Oberländer erst nach langem Zureden Abschied nahm.

Auf übliche Weise abgerückt ist Oberländer nach dem Kriege von einem 1940 unter seinem Namen in der Zeitschrift "Neues Bauerntum" veröffentlichten Artikel, in dem die Austreibung der Polen aus den gerade eroberten Gebieten verlangt wurde. Sein Aufsatz, so sagt Oberländer heute, sei damals von der Redaktion "gröblich verändert" worden. In dem - mit dem Namen Oberländer gezeichneten - Artikel hieß es: "Die Eindeutschung der Ostgebiete muß in jedem Falle eine restlose sein.

Solche Maßnahmen völliger Aus- und Umsiedlung mögen für die Betroffenen hart erscheinen, ... aber eine einmalige Härte ist besser als ein durch Generationen wähernder Kleinkampf." - Das Rezept, mit dem Stalin ein paar Jahre später die Oder-Neiße-Grenze plausibel machen konnte, ist hier vorweggenommen.

Und weiter: "Eine klare Trennung zwischen Deuschtum und Polentum ist nach den Ereignissen der letzten Jahre eine absolute Notwendigkeit, wenn die Reinerhaltung der Rasse gewährleistet sein soll ... Aus diesem Grunde ist neben vielem anderen eine Assimilierung des Polentums abzulehnen. Sie würde unserem Rassenprinzip, unserem Volkstumsprinzip und dem Sinn unseres Kampfes für einen neuen Lebensraum widersprechen." - Stalin trennte die beiden Rassen säuberlich und endgültig.

Nicht öffentlich abgerückt ist Oberländer bisher von den zahlreichen anderen Artikeln, die unter seinem Namen zwischen 1933 und 1944 etwa in der Wochenschrift "Ostland" im "Deutschen Erzieher" und in "Volk und Reich" erschienen sind. Im Juli 1939 dozierte der damalige

Greifswalder Universitätsprofessor Oberländer im pommerschen "Kampfblatt für Erzieher und Schule" (herausgegeben vom nationalsozialistischen Lehrerbund) über den Volkstumskampf:

"Der einzig bleibende Erfolg dieser an Tragik und Verlusten reichen (deutschen) Geschichte ist die Wiederbesiedlung des deutschen Ostens ... Es ist das gewiß kein einfacher Ritt gegen Ostland gewesen, sondern eine außerordentliche Anstrengung ...

(Aber) der Deutsche war rassisch überlegen. Er war aus der Heimat gewohnt, Überdurchschnittliches zu leisten. Er stieg dank seiner Tüchtigkeit schnell auf."

Nach dem stolzen Rückblick analysierte Oberländer im gleichen Artikel die völkische Gegenwart kurz vor Kriegsausbruch 1939:

"Das deutsche Volkstum jenseits unserer Reichsgrenzen kämpft nicht um seine Erhaltung in der Verteidigung, sondern kämpft für die großen Aufgaben im großen ostmitteleuropäischen Vorfeld, indem deutsche Volksgruppen das in die Tat umzusetzen versuchen, was wir hier im Reiche in Form und Tat in der großen deutschen Schicksalsgemeinschaft vollbringen durften. Jede deutsche Volksgruppe kann draußen ... ein Drittes Reich im Kleinen sein, und auch in jenen Völkern (draußen) gibt es Menschen, die das Judentum bekämpfen ..."

Auch im Kriege beschäftigte sich Oberländer mit der jüdischen Frage:

"Die Ausnutzung des Faktors Arbeit ist das Grundproblem der Wirtschaft des Generalgouvernements. Dadurch, daß die zwei Millionen Juden ebenfalls zur Arbeitsleistung herangezogen werden, da der Handel stärker genossenschaftlich organisiert wird, wird das Angebot des Faktors Arbeit wesentlich verstärkt."

Was die Ausschaltung des "Bolschewismus als weltpolitische Macht und Gefahr" angeht, so war Oberländers Rezept 1937 eine Mahnung an die Völker, doch endlich mit der Demokratie Schluß zu machen:

"Deutschland an der Spitze, ferner Italien und Japan haben innerhalb ihrer Staatsverbände den bolschewistischen Funken ausgetreten und damit ein Vorbild geliefert.

Werden die anderen Staaten diesem Vorbild folgen können und wollen? Erst dann wird es ihnen gelingen, die durch Liberalismus und Demokratie entstandene innere Schwäche zu beseitigen und sich so vor der Gefahr zu retten, wenn es ihnen möglich ist, eine ihnen arteigene, innere neue Ordnung des Lebens und des Staates zu finden."

Nach dem Kriege hat Theodor Oberländer, der mit der Tochter eines ostpreußischen Superintendenten verheiratet ist, besonders gern - oft stellvertretend für den Kanzler - vor der Weltkonferenz für moralische Aufrüstung in Caux versichert, daß Deutschland die Fehler der Vergangenheit bedaure. Für sich selbst machte der ehemalige SA-Sturmhauptführer geltend, daß er schon in den dreißiger Jahren in Königsberg starke Meinungsverschiedenheiten mit dem ostpreußischen Gauleiter Koch über die Methoden einer deutschen Ostkolonisation gehabt habe.

Als eine Art Strafversetzung und innere Emigration muß nach dieser Darstellung die Übersiedlung nach Greifswald und später nach Prag aufgefaßt werden. Immerhin stieg der Agrarwissenschaftler und Ost-Mitarbeiter des Ribbentropschen Außenamtes bei dem Hochschulwechsel vom außerordentlichen zum ordentlichen Professor auf.

Der bevorzugte Beweis für die aufrechte Anti-NS-Gesinnung des Vertriebenenministers aber sind stets Denkschriften über die Behandlung der Ostvölker gewesen, die Oberländer nach dem Festlaufen des Rußlandfeldzuges verfaßte.

Oberländer war als Reserveoffizier eingerückt und hatte vor Beginn des Rußlandkrieges einen Sonderauftrag erhalten, bei dem er seine osteuropäischen Sprachkenntnisse und die Erfahrungen mit östlichen Ländern und Leuten verwerten sollte, die er sich bei mehreren Vorkriegsreisen in die Sowjet-Union erworben hatte:

Auf einem deutschen Truppenübungsplatz wurden gefangene Ukrainer aus der zerschlagenen

polnischen Armee zu einem Freiwilligen-Bataillon zusammengestellt, das in der Sowjet-Union Spezialaufgaben der psychologischen Kriegführung lösen sollte. Ostexperte Oberländer wurde Offizier - und volkstums-psychologischer Ratgeber - in der Ukrainer-Einheit "Nachtigall", so genannt nach dem Bataillons-Chor der von einer unabhängigen Ukraine träumenden Hiwis. Später wechselte Oberländer von den Ukrainern zu Kaukasiern über, die unter ihm ein Diversanten-Bataillon namens "Bergmann" bildeten

Als sich das deutsche Besatzungsregime in Osteuropa im weiteren Verlauf des Rußlandfeldzugs mehr auf die Ausbeutung der besetzten Gebiete und die Liquidierung "rassisch unterlegener Völkerschaften" als auf Koexistenz mit den antibolschewistischen Kräften ausrichtete, wurden die einheimischen Hilfstruppen, die der deutschen Abwehr-Division "Brandenburg" angeschlossen waren, rebellisch. In dieser Situation verfaßte Hiwi-Hauptmann Oberländer Denkschriften, die bis - hinauf, zu Reichsministern verschickt wurden ...

Warnte Oberländer: "Die bisherige Praxis, insbesondere in den nach der amtlichen Ausdrucksweise besetzten, nach unseren eigenen Propagandaparolen befreiten Ostgebieten ist wenig geeignet, werbend zu wirken. Denn sie fußt - aus den Notwendigkeiten des Krieges heraus - auf der Überschätzung der wirtschaftlichen Belange und auf der Mißachtung der Menschen. Sie wird daher von den Bewohnern dieser Gebiete dem Bolschewismus und dessen Menschenverachtung gleichgesetzt."

In einer anderen Denkschrift: "Die Gefahr, daß wir uns psychologisch kurzsichtig über die Lebensnotwendigkeiten der Ostvölker hinwegsetzen, die wir unserer dauernden Führung unterstellen wollen, muß unbedingt vermieden werden. Geschieht das nicht, so würde nicht nur die benötigte Arbeits- und Ertragssteigerung auf dem Lebensmittel- und Rohstoffsektor ausbleiben, es würde über den Zwischenzustand des Partisanentums ein schwelender Widerstandsgeist erzeugt werden, der früher oder später zu politisch-militärischen Empörungen und Sabotageaktionen größeren Ausmaßes führen kann ...

"Der Sieg der Front hängt ab vom psychologischen Sieg der Etappe. Wie lange der Krieg auch dauern mag, wir sind nicht zu schlagen, wenn sich diese Erkenntnis durchsetzt."

Wenn diese Memoranden auch weniger prinzipielle Ablehnung der NS-Ideologie verrieten als nüchternen, analytischen Verstand, so waren sie doch ketzerisch genug, um die Entlassung des unbequemen Hauptmanns Oberländer aus dem Militärdienst zu bewirken. Er wurde 1943 nach Prag verbannt, wozu er heute sagt, daß praktisch eine Art Stadtarrest über ihn verhängt worden sei. Immerhin durfte er in Prag NS-Ordensburgzöglinge mit schulern. Gegen Kriegsende wurde er auch wieder zu den Fahnen gerufen, als Spezialist für die Hiwis des Generals Wlassow.

Nach dem Kriege nahm Oberländer widerspruchslos hin, daß gelegentlich in Wiedergaben seines Lebenslaufs auch von einem Todesurteil gesprochen wurde, das vom SD über ihn verhängt und dessen Vollstreckung nur durch Prager Freunde aus der alten (nationalsozialistischen, sudetendeutschen) Henlein-Partei verhindert worden sei. Sagt der heutige BHE-Vorsitzende Seiboth über seinen ehemaligen Parteichef Oberländer: "Ich war in der Zeit auch in Prag, weiß aber nichts über Oberländers damalige Situation. Wenn wir nach dem Kriege manchmal nach diesen Dingen gefragt haben, ist er immer ausgewichen."

Ähnliches Zwielficht liegt auch über den Kriegstaten der ukrainischen "Nachtigallen", denen Oberländer 1941 zugeteilt war und deren Lemberger Feldzugsetappe dem Minister jüngst so viele Ungelegenheiten bereitete.

Die sogenannten Dokumente, die darüber in den Ostberliner Gazetten nun schon wochenlang in loser Folge veröffentlicht werden, tragen eindeutig den Stempel schlechter, bestellter Arbeit. Meldet etwa das "Neue Deutschland":

"Einen erschütternden Tatsachenbericht über die barbarischen Verbrechen des faschistischen Massenmörders und Bonner Ministers Oberländer in Lwow (Lemberg) übergab der Schwei-

ner Bürger Heinz Schipporeit am Donnerstag der Öffentlichkeit. 'Es war kaum zu fassen, was wir in den ersten Julitagen 1941 am Kadettenberg in Lwow sahen', berichtet Heinz Schipporeit, der als Soldat der Beobachtungsabteilung 21 Augenzeuge des auf Befehl Oberländers angerichteten grausamen Massakers war. 'Im Freien und auch in einem Gebäude lagen Hunderte von Menschen, aufgeschichtet bis zu eineinhalb Meter Höhe, erschossen und erschlagen.'

Heinz Schipporeit fordert, Oberländer sofort als Bundesminister abzulösen und ihn vor Gericht zu stellen."

Es fand sich kein Zeuge, der den von kommunistischer Seite des Massenmords beschuldigten Bundesminister hätte belasten können: Übrig bleibt die Tatsache, daß Oberländer als Offizier in einer ukrainischen Hilfstruppe diente, der von Kennern bescheinigt wird, schon früh im Rußlandkrieg Partisanen-Ähnlichkeit besessen zu haben.

Der SPD-Pressedienst räumte dem Minister ein, daß er "gewiß seine Hände frei von Blut gehalten" habe. Aber das spreche ihn nicht frei von schwerer intellektueller Mitverantwortung an dem, was im Osten geschehen sei.

Schlußfolgerte der Oppositions-Pressedienst: "Oberländer könnte sich selbst und einer auf die Zukunft gerichteten deutschen Ostpolitik den besten Dienst erweisen, wenn er seine Ministerherrlichkeit mit der Anonymität vertauschte; dann gäbe es keinen 'Fall Oberländer' mehr."

An solche Erwägungen hingte Adenauers Vertriebenenchef jedoch keine Gedanken. Nachdem es ihm gelungen war, Fulda rechtzeitig für eine Beschlagnahme-Verfügung gegen die "Tat", das Interessenorgan der VVN, zu erreichen, begnügte er sich für seinen Teil mit Gegenvorwürfen auf der Bonner Pressekonferenz.

Seiner exponierten Stellung im Kampf gegen den Bolschewismus ganz bewußt, besuchte er vor vierzehn Tagen in aller Ministerherrlichkeit zusammen mit dem franco-spanischen Außenminister Castiella Westberlin, wobei der Ehrengast von der faschistischen Halbinsel die Stadt Berlin den "Alcazar Europas" nannte, an dessen Mauern "die drohenden Wellen des Ostens gegen den Geist Europas" aufgehalten würden - im spanischen Bürgerkrieg war die Festung Alcazar Symbol des faschistischen Kampfes gegen die Republikaner.

Nur als eine kleine Panne, auf die zurückzukommen sich nicht lohnt, hat Oberländer es offenbar erachtet, daß am Tage seiner Bonner Pressekonferenz in der Düsseldorfer "Jüdischen Illustrierten" Lemberger Tagebuchaufzeichnungen eines SS-Oberscharführers Landau erschienen, die mit Oberländers Erklärungen nicht ganz in Einklang gebracht werden konnten.

Oberländers Ukrainer-Bataillon "Nachtigall" war in der Nacht vom 29. zum 30. Juni 1941 in, Lemberg eingedrungen. Über die dann folgenden Tage in der von Hitler 1939 an Stalin abgetretenen polnischen Stadt hatte die beschlagnahmte "Tat" berichten wollen:

"Während der Anwesenheit des unter der politischen Leitung Oberländers stehenden Bataillons 'Nachtigall' in Lemberg trug sich folgendes zu: Über 30 Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure, Professoren, Geistliche und Wissenschaftler wurden ermordet. Schüsse fielen im Lemberger Gefängnishof, in einer Sandmulde auf dem 'Kadettenberg', in den Sandgruben beim Lissenitzki-Wald und im Lager Janow. In den Sandgruben außerhalb der Stadt wurden mehrere tausend Juden erschossen. Im Lager Janow wurden Ermordete aufgestapelt, mit Teer und Benzin übergossen und verbrannt - insgesamt 1.600 Menschen. ... Diese Mitteilung und das uns vorliegende Material enthält einen ungeheuren Schuldvorwurf: Ein amtierender Bundesminister steht unter dem Verdacht, an den Massenmorden während des Krieges beteiligt gewesen zu sein."

Oberländers Bonner Gegendarstellung, vor allem gestützt auf Briefe von "Nachtigall-Männern" und schwedische Presseberichte über einen Besuch in der gerade von den Deutschen besetzten Stadt: Beim Einmarsch seien im Lemberger Gefängnis mehrere hundert Ukrainer und Polen gefunden worden, die von den abrückenden Russen ermordet worden sei-

en. Oberländer:

"Ich kann... sagen, daß in den sechs Tagen, in denen 'Nachtigall' in Lemberg gewesen ist, kein Schuß gefallen ist, und daß mir auch nicht ein einziger Fall irgendwelcher Gewalttätigkeit bekannt ist."

Dieses Bild einer friedlichen Etappenstadt schwächte der Minister nach einer Zusatzfrage allerdings dahin ab, daß er nur für seine Einheit spreche:

"... Sie können nicht erwarten, daß ich für alles, was in Lemberg passiert ist, heute eine gültige Aussage mache."

Was im Juli 1941 in Lemberg passierte, schilderte detaillierter als Oberländer der SS-Oberscharführer Landau in seinem Tagebuch, das bei der Verhaftung des österreichischen SS-Manns 1958 in Stuttgart gefunden wurde: "Unterwegs treffen wir ... ukrainische Soldaten. Es riecht nach verwesenen Leichen. Um 16 Uhr kamen wir in Lemberg an. Warschau ist harmlos dagegen ... Kurz nach Ankunft werden von uns die ersten Juden erschossen" (2. Juli). –

"Eben kehren wir zurück, 500 Juden standen zum Erschießen angetreten" (3. Juli). –

"Eine Stunde später werden weitere 32 Polen (meist von der Intelligenz und Widerstandsbewegung), nachdem sie das Grab geschaufelt haben, erschossen ... Ich habe mir eine Peitsche um 2 RM gekauft. Überall, wo man an verbrannten Häusern vorbeikommt, Leichengeruch. Im Laufe des Nachmittags wurden ungefähr 300 Juden und Polen umgelegt" (5. Juli). –

"Ukrainer hatten im Walde '24 von den Russen ermordete Ukrainer' gefunden. Die Leichen waren fast unkenntlich. Die Leichen wurden feierlich beigesetzt. Unterwegs erklärte mir der Pfaffe: 'Das Niederträchtigste sei, daß man den Ukrainern jüdische Dokumente in die Tasche gesteckt habe.' Nun schlägt's 13!

Diese angeblichen 24 Ukrainer waren unsere standrechtlich erschossenen Juden (23) und 2 Ukrainer glaube ich. Prost Mahlzeit! Die Leichenpapiere stanken schon bestialisch.

Ich ließ sie mit Petroleum übergießen und verbrennen."

Oberländer und seine "Nachtigallen" waren bis zum 7. Juli in Lemberg.

Der amerikanische Historiker Dallin hat 1957 in seiner Untersuchung über die "Deutsche Herrschaft in Rußland 1941 bis 1945" festgestellt:

"An den folgenden chaotischen Tagen wurde es für die Deutschen offensichtlich, daß Banderas (Stefan Bandera, ukrainischer Nationalistenführer, der Mitte Oktober dieses Jahres in München durch Zyankali starb, wobei noch ungeklärt ist, ob er ermordet wurde oder Selbstmord beging.) Anhänger, auch die im Regiment 'Nachtigall', bei der Durchführung von Säuberungen und Pogromen beträchtliche Initiative entfalteten."

Die Bundesregierung hat zu den Vorwürfen gegen ihr Mitglied Oberländer bisher nicht Stellung genommen. Innenminister Schröder aber beantragte beim Bundesverwaltungsgericht das Verbot der mit den Kommunisten sympathisierenden - und in einigen Ländern schon verbotenen - VVN wegen Verfassungswidrigkeit.

In der Bonner Geschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen säumte man nicht, in aller Öffentlichkeit Mitgefühl für das kommunistische Propagandaopfer Oberländer zu bezeigen; nur das sozialdemokratische Präsidiumsmitglied des Bundes, Wenzel Jaksch, distanzierte sich von der Solidaritätserklärung. Oberländers Vergangenheit vor 1945 ist für viele westdeutsche Flüchtlingsfunktionäre nicht des Nachdenkens wert. Anti-Kommunismus ist eine ausreichende Legitimation.

Kritischer für Oberländers weiteres Fortkommen unter den Vertriebenen bleibt dagegen sein Parteibuchwechsel in den fünfziger Jahren, der Übertritt vom BHE zu Adenauers Staatspartei. Besonders beunruhigend aber ist für ihn in diesen Monaten, daß er wegen seiner damaligen Option für Kanzler Adenauer nicht zu dem Kreis prominenter Flüchtlinge gehört, die neue politische Vertriebenen-Gruppierungen planen - für Pläneschmiede solcher Art, ist Oberländer uninteressant, weil seine Hausmacht allein aus des Kanzlers Wohlwollen besteht.

Chefplaner sind Sozialdemokrat Jaksch und der Christlich-Soziale Baron Manteuffel-Szoegé. Jaksch warf unlängst bei einem ostpolitischen Streit mit seinen Parteifreunden wütend sein Mitgliedsbuch auf den Beratungstisch, wie zum Austritt aus der SPD entschlossen. Manteuffel-Szoegé führte in diesem Sommer vor aller Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung mit seinem Fraktionskollegen Müller-Hermann aus Bremen, der den Vertriebenenverbänden vorwarf, für ihre Auffassungen Unfehlbarkeit und Ausschließlichkeit zu beanspruchen:

Jaksch und Manteuffel gerieren sich als Radikale, die notfalls den Bruch mit ihren Parteien riskieren werden, um nur noch auf die Vertriebenen zu setzen.

Mit Genugtuung registrieren der sudetendeutsche Sozialist und der baltische Baron, die stets mit größter Hochachtung voneinander sprechen, die zustimmenden Briefe von Einheimischen auf ihre Reden: Jeder Hesse, Niedersachse oder Schwabe, der ihre ostpolitischen Vorstellungen teilt, fördert die vornehmlich von Wenzel Jaksch initiierten Pläne, zur Bundestagswahl 1961 gegebenenfalls eine überparteiliche Gruppe von "ost-bewußten Deutschen, ganz gleich, wo sie herkommen" (so Jaksch) zu gründen - keine eigentliche Partei, aber ein Druckmittel gegenüber den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD, auf ihren Kandidatenlisten Vertreter der Vertriebenen-Außenpolitik gebührend zu berücksichtigen.

Was gebührend wäre, weiß Jaksch genau zu sagen: "Rund 18 Prozent Vertriebene gibt es in der Bundesrepublik. Soll dieser Anteil gerecht berücksichtigt werden, so müssen etwa 90 Vertriebenen-Abgeordnete in den nächsten Bundestag einziehen. Woher die landsmannschaftlich kommen, ist egal. Es können genausogut Westdeutsche sein, nur auf unserer Linie müssen sie liegen. Wir brauchen ein gesundes, positives Nationalgefühl." Zur Zeit gibt es 66 Bundestagsabgeordnete, die heimatvertrieben sind.

Für Oberländer sind solche speziellen Flüchtlingsgruppierungen saure Trauben:

"So etwas hat heute keine Berechtigung mehr." Sagt der Minister stolz: "Seitdem ich Mitglied der CDU bin, kann ich direkt zum Alten gehen, wenn ich etwas will."

Tatsächlich dankt ihm der Kanzler die Mitwirkung bei dem ersten, nun schon über vier Jahre zurückliegenden Versuch, die Heimatvertriebenen vom BHE an die CDU heranzuführen.

Adenauer bediente sich seinerzeit seines - auch an anderen Objekten erprobten innenpolitischen Lieblingskunststückchens:

er förderte die Spaltung der Flüchtlingspartei BHE. Dabei wurde er von den beiden BHE-Spitzenkräften - Theodor Oberländer und Waldemar Kraft - unterstützt, die nach ihrer Ernennung zu Bundesministern die den Flüchtlingsparteilern ziemende Animosität gegen die saturierte, bürgerliche CDU schnell überwandten.

Kraft und Oberländer hatten 1950, der eine im Norden und der andere im Süden der Bundesrepublik, die Flüchtlinge mit Hilfe des Appells an den Arme-Leute-Stolz um sich geschart, nachdem bis dahin auf alliierte Weisung nur unpolitische Flüchtlingszusammenschlüsse auf Kreisebene erlaubt waren.

Der erste Erfolg war eindrucksvoll gewesen: Bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl im Sommer 1950 gewann die neue Partei - "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" - 15 von 69 Parlamentssitzen (23,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen). Waldemar Kraft, bis dahin Sprecher der Landsmannschaft Weichsel/Warthe, wurde in einer bürgerlichen Koalition stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister.

In Bayern besetzten die depossidierten Ostdeutschen im November desselben Jahres 26 von 204 Landtagssitzen. Theodor Oberländer, der als BHE-Mann den Wahlkampf zusammen mit der rechtsradikalen "Deutschen Gemeinschaft" August Haußleiters geführt hatte, avancierte zum bayrischen Staatssekretär für das Flüchtlingswesen.

Nach der Bundestagswahl 1953 zogen 27 BHE-Abgeordnete in das Bonner Parlament ein; die beiden Chef-Flüchtlinge Kraft und Oberländer erkletterten einen Bundesministersessel, weil Konrad Adenauer für seine verfassungsändernde EVG-Politik die BHE-Stimmen benötigte.

Bedenken wegen der Vergangenheit der beiden neuen Minister hatten hinter dem Drang nach deutschen EVG-Soldaten zurückzutreten:

Die Herren Kraft und Oberländer wurden gebraucht.

Nach 21 Monaten Gewöhnung an bundesministerielle Würden trennten sich die beiden BHE-Emporkömmlinge im Juli 1955 zusammen mit einigen Gesinnungsgenossen von den schlichten Abgeordneten ihrer Partei und formierten eine eigene Kraft/Oberländer-Gruppe im Bundestag, womit die Keime des allmählichen Verfalls in den BHE gesenkt worden waren.

Der Kanzler ließ sich nicht lumpen: Im Frühjahr 1956 wurden die BHE-Spalter in die westdeutsche Mehrheitspartei aufgenommen; Adenauer behielt die beiden Dissidenten im Kabinett, Kraft als Sonderminister ohne besondere Aufgaben, Oberländer als Vertriebenenminister. Der BHE begann schon sehr bald nach dem Ausscheiden seiner beiden Spitzenreiter zu siechen: Von allen möglichen Flüchtlingszusammenschlüssen war er am wenigsten geeignet, den allmählichen Wandel der Vertriebenen-Gruppen - vom Interessentenhaufen zur außenpolitischen Pressure Group - ohne schwere Erschütterungen durchzustehen.

Die anklagende Sammelmarke "Heimatvertrieben und entrechtet" war von der Partei - den privaten Zielen mancher ihrer Funktionäre durchaus entsprechend - programmatisch vor allem als Anruf zur materiellen Versorgung der Mitglieder verstanden worden. Was an Finessen beim sogenannten Kuhhandel parlamentarischer Koalitionspolitik noch unbekannt gewesen war, lehrten die BHE-Politiker ihre wechselnden Koalitionspartner. 1957 schaffte es die Partei nicht mehr bis in den Bundestag.

Einen ähnlichen Niedergang erlebte der von dem störrischen Ostpreußen Linus Kather (im Bundestag erst CDU, dann BHE -Abgeordneter) gegründete Bund vertriebener Deutscher: Sein eigenwilliger Vorsitzender konnte sich mit den Führern der Landsmannschaften niemals über die Verteilung der Macht einigen, die aus der Gefolgschaft der neun Millionen Heimatvertriebenen resultiert.

Kathers Bund und die zwanzig Landsmannschaften in der Bundesrepublik schlossen vorübergehend einen Kompromiß: Der BVD sollte vornehmlich die sozialpolitischen Forderungen der Heimatvertriebenen vertreten, die, Landsmannschaften sollten heimatbezogene Kulturpolitik betreiben.

Die Landsmannschaften hatten damit, wie sich mehr und mehr zeigte, die bessere Startposition erwischt: Von ihrer Aufgabe aus konnte man schneller die neuen Formeln von dem "gesunden Nationalgefühl" entwickeln, das fürderhin auch alle Westdeutschen zu Streitern für die Rückgewinnung der Ostgebiete machen soll, wenn sie sich nicht der Schande aussetzen wollen, "Verzichtpolitiker" zu sein.

Bei dem schließlich doch noch - gegen den Willen Kathers - zustande gekommenen organisatorischen Zusammenschluß von Interessenverband und Landsmannschaften haben sich denn auch die Hüter der heimatlichen Kulturpolitik gegenüber den Wählern der materiellen Belange entscheidend durchsetzen können: In dem 1958 gegründeten "Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände" geben die Sprecher der Landsmannschaften durchaus den Ton an.

Die einflußreichste Gruppe der Vertriebenen wird denn auch heute nicht mehr von einem gemeinsamen Parteibuch zusammengehalten, sondern von ihrer landsmannschaftlichen Herkunft: Die Sudetendeutschen, als Nicht-Reichsdeutsche schon von früher her an Zusammenhalt gewöhnt, sind die stärkste Hausmacht, über die ein Vertriebenen-Führer verfügen kann. Die jetzige Dreiteilung in die katholische Ackermann-Gemeinde, die sozialistische Seliger-Gemeinde und den völkischen Witiko-Bund kann prominente Sudetendeutsche nicht daran hindern, sich als Großfürsten unter den übrigen Flüchtlings-Familien zu fühlen.

Der weitschauende Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm hat sich daher auch entschlossen, die Sudetendeutsche Landsmannschaft als Heiratsgut in eine etwaige neue Par-

teibindung einzubringen.

Seebohm erwägt schon seit einiger Zeit Absetzbewegungen von der Deutschen Partei Heinrich Hellweges. Erste Kontakte mit Prominenten der bayrischen Christlich-Sozialen sind bereits aufgenommen. Ein jüngst erworbenes Grundstück nahe beim Starnberger See könnte den Übertritt zur bayrischen CSU sinnfällig machen. Der gelegentliche Schulferien-Aufenthalt des ober-schlesischen Knaben Seebohm im Sudetenland (seine Eltern besaßen dort ein Bergwerk; Adenauer: "Er wurde dort gezeugt") legitimierte den Verkehrsminister, Ende September Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu werden.

Seebohm scheint in der Tat berufen, Dolmetscher der neuen Vertriebenen-Politik zu werden. Adenauers Verkehrsminister spottete nämlich schon 1952 vor geladenen Gästen über die Westmächte, die an eine innenpolitische Lösung der Vertriebenen-Frage glaubten:

"Wenn jemals diese Herren aus angelsächsischen Landen glauben, wir würden uns assimilieren, unsere Kinder würden schon nichts mehr von der Heimat wissen, ... wir vermischten uns und wären damit ausgeschaltet in unserem Streben, ... dann muß ich diese Herren fragen, was wohl ein anderes Volk, ein anderer Stamm, nämlich die Iren, in diesen Jahrhunderten geleistet haben."

Jonglierte Minister Seebohm mit der Historie:

"Die Iren haben sich trotz gleicher Sprache in Nordamerika nicht vermischt, und wenn sie fast keine Menschen ihres eigenen Volkes mehr in ihrer Heimat hatten, so waren es jene, die drüben saßen, die diese Heimat nicht aufgaben, die den Kampf geführt haben mit einer Erbitterung sondergleichen und die schließlich der Heimat die Freiheit und den Frieden erstritten haben. Gerade die Angelsachsen sollten an dem irischen Beispiel sehen, daß wir Sudetendeutschen in gleicher Weise verfahren werden. Das sollte die Welt in ihrer Gesamtheit wissen." (Straßentransparente mit den Namen der verlorenen Gebiete sollten dem amerikanischen Präsidenten bei seinem Besuch in Bonn dieses Wissen vermitteln).

Nicht alle Vertriebenen-Führer verfügen über diese gefällige Rhetorik. Seebohms oratorischer Höhepunkt: "Scheiße, das ist alles Scheiße. Wenn jemand Scheiße in den Hosen hat und Scheiße auf die Erde fällt, so soll man ihm keinen Lokus unterstellen."

(Der Kommentar des Ministers zu einer Ost-Konzeption, die er ablehnt.)

Seebohm macht Oberländer immer ernsthafter Konkurrenz als ministerieller Sonntagsredner über Ostfragen. Einig sind sich beide Bundesminister aber darin, daß die Politik der Heimatvertriebenen den Aufbau einer antikommunistischen Front in Europa zum Ziele haben muß.

Oberländer: "Eine Rückkehr in ein kommunistisches Polen kommt nicht in Frage. Aber ich glaube, daß es bald Friedensvertrags-Verhandlungen geben wird, die uns größere Möglichkeiten einräumen, als man heute absehen kann." Und sein persönlicher Referent fügte hinzu: "Die Kritiker wollen immer alle so klug sein. Gottvertrauen brauchen die Flüchtlinge."

Außerdem wollen sich die Vertriebenen bei ihren Rückkehr-Forderungen auf das schon 1919 ziemlich abgewertete Selbstbestimmungsrecht der Völker (Oberländer, mit der Faust auf den Tisch hauend: "Wer auf das Selbstbestimmungsrecht verzichtet, is' ein Kommunist") und das sogenannte Heimatrecht stützen.

Von diesen vagen Rechtsgrundsätzen leiten die Flüchtlingsfunktionäre das Alibi für ihre Weigerung ab, die Verhältnisse in Osteuropa realpolitisch oder auch nur real zu sehen. Präsident Krüger vom Vertriebenenbund bittet um Verständnis:

"Wenn wir uns nicht zu Sprechern der Rückgabe-Politik machen, so kommt eines Tages ein Demagoge, der in seinen Reden die Vertriebenen-Charta der gewaltlosen Regelung nicht einmal mehr erwähnt."

Ähnliche Überlegungen stellt der sudetendeutsche Sozialdemokrat Jaksch an, der die unbeirrte Forderung nach Rückgabe der deutschen Ostgebiete für die Existenzfrage der Bundesrepublik hält: "Die Demokratie darf nicht wieder zwischen Hammer und Amboß kommen."



Jaksch wünscht eine "neue Selbstinterpretation des deutschen Volkes", worunter nach den Bekundungen der Vertriebenen wohl vor allem verstanden werden muß der Verzicht auf jede - an den Gegebenheiten und nicht an Wunschbildern orientierte - Normalisierung des westdeutschen Verhältnisses zu Osteuropa: Diplomatische Beziehungen beispielsweise bedeuten nationalen Verrat.

Positive Vorschläge, der Vertriebenen-Chefs gehen über vage Anregungen, die Kontakte "von Mensch zu Mensch" zu verstärken, kaum hinaus. Für die Polen etwa - Exilpolen ausgenommen - sind solche Anregungen ebenso uninteressant wie die 1950 verkündete Vertriebenen-Charta, in der einer gewaltsamen Lösung der Ostfragen abgeschworen wurde: Solange die Bundesregierung und Abgeordnete aller Parteien auf den Massentreffen der Vertriebenen dem Tabu der verlorenen Ostgebiete ihre Reverenz erweisen, bleiben alle friedfertigen Beteuerungen aus Westdeutschland leere Worte - und das nicht nur für die Kommunisten.

Der verhältnismäßig hohe Anteil, den die Vertriebenen am Offizier- und Unteroffizier-Korps der Bundeswehr haben, macht für osteuropäische Beobachter die Propaganda-These vom "westdeutschen Revanchismus" durchaus glaubhaft.

Für die Planer der neuen, national betonten, Vertriebenen-Politik ist es allerdings auch schwierig, über die "Deutschland-erwache-Parole" hinaus ein konkretes Gesamtprogramm zu entwickeln: Mit der Formel von der Wiederherstellung der deutschen Grenzen des Jahres 1937 lassen sich rechtlich nur die Ansprüche auf unumstrittenes ehemaliges Reichsgebiet vertreten.

Heimatrecht im Sudetengebiet, in Westpreußen, dem Baltikum und anderen ost- und südosteuropäischen Gebieten läßt sich nur durch komplizierte völkerrechtliche Hilfskonstruktionen unterschiedlicher Güte geltend machen: Für die Vertriebenen-Chefs eine Versuchung mehr, auf das weite Feld der gefühlsmäßig betriebenen Politik auszuweichen.

Um präzise organisatorische - und personalpolitische - Vorschläge, wie ihre Forderungen von bundesdeutschen Einrichtungen vertreten werden sollen, sind die Vertriebenen allerdings nicht verlegen. Der hannoversche Vertriebenen-Minister Schellhaus (BHE) unterbreitete erst am 14. November vor der niedersächsischen Delegiertenkonferenz des Bundes der Vertriebenen eine detaillierte Wunschliste:

"Ohne Anspruch auf Vollzähligkeit erheben zu wollen, meine ich, daß die deutschen Heimatvertriebenen sich mit ... Nachdruck mit folgenden Forderungen an die deutsche Öffentlichkeit und die Bundesregierung wenden müssen: Weckung des nationalen Widerstandswillens des ganzen deutschen Volkes, ... entscheidende Verstärkung der Public-Relations-Arbeit der deutschen Auslands-Mission ... Allen Botschaften, Gesandtschaften und konsularischen Vertretungen (sind) Sonderbeauftragte für gesamtdeutsche Fragen zuzuordnen ... Zur Erfüllung dieser Aufgaben hat die Bundesregierung unverzüglich alle verwaltungs- und finanzpolitischen Maßnahmen zu treffen ... Die Bundesregierung (hat) unverzüglich ihren Auslandsvertretungen Anweisungen zu geben, berufenen Sprechern der Vertriebenen-Organisationen die Möglichkeit für Auslands-Vorträge im Sinne dieser Grundsätze zu eröffnen."

Ohne Aussicht auf eine außenpolitische Regelung in ihrem Sinne versuchen die Vertriebenen-Chefs so Stimmung für den deutschen Osten zu machen, ohne die etwaigen innenpolitischen Folgen ihrer nationalen Kampagne sicher kontrollieren zu können. Mit Fanfaren- und Landsknechtsttrommeln umrahmt die Deutsche Jugend des Ostens die Massenkundgebungen der Flüchtlinge.

Die Ostjugend hat etwa 150.000 Mitglieder. In den Büros der Vertriebenen-Organisationen registriert man mit Genugtuung, daß fast die Hälfte dieser jungen Leute Einheimische sind.

Außerdem beruhigt die Vertriebenen-Funktionäre eine Bestimmung des Bundesvertriebenen-Gesetzes über die Dauerhaftigkeit ihres Problems:

Auch die in Westdeutschland geborenen Kinder der Heimatvertriebenen haben Anspruch auf

einen Flüchtlingsausweis und gelten als vertrieben, wodurch einer natürlichen Erledigung der Flüchtlingsfrage ein zuverlässiger Riegel vorgeschoben ist.<<

### **31.12.1959**

**DDR:** Nach umfassenden Propagandamaßnahmen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen steigt die Zahl der PGH (Produktionsgenossenschaften des Handwerks) Ende 1959 auf 3.053 Genossenschaften mit 105.789 Mitgliedern (x009/174).

Von den 30.913 Gaststätten und Hotels entfallen Ende 1959 rd. 21 % auf Betriebe der HO (Handelsorganisation), 13 % auf Konsumgenossenschaften, 17 % auf Kommissionshandelsbetriebe und 47 % auf Privatbetriebe (x009/172).

### **Dezember 1959**

**DDR:** Im Dezember werden 333 neue LPG gegründet.

Das Endstadium der zwangsweisen Kollektivierung der Landwirtschaft beginnt.

### **1959**

**SBZ/Ostpreußen:** Die sowjetischen Atomraketen in der DDR werden im Jahre 1959 überraschend in die Nähe von Kaliningrad (Königsberg) verlegt.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die damaligen Atomwaffenstandorte in Mitteleuropa (x283/244-245): >>Die gegen Ziele in Westeuropa, namentlich in der Bundesrepublik gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen der Sowjets lagern seit 1959 in Kaliningrad, dem alten Königsberg.

Die Gegenstellung befindet sich in der Eifel. In den Katakomben des Fliegerhorts Büchel schlummerten – und tun dies noch heute – für den Einsatz im Ernstfall 20 Atombomben vom Typ B 61 mit der jeweils 26fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Sie unterstehen der US-Air Force und werden auf Befehl des amerikanischen Präsidenten durch deutsche Maschinen vom Jagdbombengeschwader 33 auf russische Ziele im Hinterland angesetzt.

Die Rechtsgrundlage bietet die "nukleare Teilhabe" der Bundeswehr an der militärischen Abwehr der NATO. ...<<

**DDR:** Im Jahre 1959 gibt es in der DDR 1.389 Filmtheater mit 539.111 Sitzplätzen. Fast alle Theater hat man entschädigungslos enteignet (x009/128).

Im Jahre 1959 fliehen 143.917 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

**Ost-Berlin:** Ein kolumbianischer Reporter berichtet im Jahre 1959 über die damaligen Zustände in Ostberlin (x303/149): >>... Die Läden sind schäbig mit geschmacklosen Artikeln von mittelmäßiger Qualität. Es gibt ganze Straßen mit zerbombten Gebäuden. ... Die Menschen leben (darin) zusammengedrängt in den unteren Stockwerken, ohne sanitäre Anlagen und ohne Wasser. ...

Nachts leuchtet anstelle der Leuchtreklamen (Westberlin) auf der Ostseite der rote Stern. ...

Das Verdienst dieser dunklen Stadt ist, daß sie der wirtschaftlichen Realität des Landes entspricht.<<

**BRD:** Friedrich Edding (1909-2002) und Eugen Lemberg (1903-1976) berichten im Jahre 1959 in ihrem Buch "Die Vertriebenen in Westdeutschland" über die Eingliederung der deutschen Vertriebenen (x024/205): >>Das deutsche Volk wurde durch den Zusammenbruch des deutschen Ostens und durch das Einströmen der Vertriebenen vor eine Entscheidung gestellt. Es war vielleicht die schwerste, jedenfalls eine auf Jahrhunderte hinaus bestimmende Wendestunde seiner Geschichte. Die Wahl seines künftigen Weges hatte es nicht nur für sich selbst, sondern für das übrige Europa und die Welt zu treffen, deren Entwicklung und Schicksal davon nicht unbeeinflusst bleiben konnte. ...<<